Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 3 (1983)
Heft: 5

Artikel: Dokumentation : Forschungsnotiz über Staat und Gesellschaft
Autor: Poulantzas, Nicos
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652091

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dokumentation

Nicos Poulantzas

Forschungsnotiz über Staat und Gesellschaft*

Ziel dieses Textes ist es, die hauptsächlichen Problemstellungen aufzuzeigen und die Themen zu skizzieren, die m.E. für die Forschung über Staat und Gesellschaft in der gegenwärtigen Lage leitend sein sollten.
Es scheint mir klar zu sein, dass die beiden Forschungsgegenstände 'Staat' und 'Gesellschaft' sicherlich nicht in gleicher Weise und auf derselben Ebene behandelt werden können, es sei denn, man nimmt das Risiko einer beträchtlichen Ausweitung des Forschungsfeldes in Kauf.
Gewiss, man kann heute nicht über den Staat reden, ohne sich mit der Gesellschaft zu befassen, auf die er sich stützt, noch kann man über diese Gesellschaft reden, ohne sich mit dem Staat auseinanderzusetzen, durch den sie beherrscht wird. Zumindest soviel bleibt festzuhalten, dass sich die Behandlung des jeweils anderen Terminus ändert, je nachdem, ob als Schwerpunkt der Forschung der Staat oder die Gesellschaft genommen wird. Wenn die Gesellschaft zum zentralen Bereich der Forschung gemacht wird, muss sicherlich vom Staat die Rede sein; aber nicht so sehr von der ihm zukommenden Spezifität, als von seinen *Auswirkungen* auf die Gesellschaft und *seiner Präsenz in* der Gesellschaft.

Ich schlage deshalb vor, dass die Forschung aus drei wichtigen Gründen auf den Staat zentriert werden sollte: Einmal aufgrund der in einem beträchtlichen Masse angewachsenen Rolle des Staates und der heute charakteristischen Ausweitung staatlicher Strukturen; ein Phänomen, das keineswegs neu ist, welches aber einen qualitativen Unterschied zur Vergangenheit darstellt. Zum anderen der Rückstand der Forschungen über den Staat gegenüber jenen, die sich mit der Gesellschaft befassen; dieser Rückstand kennzeichnet die drei wichtigsten Denkströmungen in den Sozialwissenschaften bis ungefähr 1965 - 1970:
a) Die Sozialwissenschaften der vorherrschenden angelsächsischen Tradition aller Richtungen, die sich im übrigen überlagern (vom Funktionalismus bis zu den Systemtheorien), sind unbestrittenermassen durch eine Vernachlässigung der eigentümlichen Rolle und der Spezifität des Staates gekennzeichnet, welcher in eine sehr allgemeine Konzeption des 'politischen Systems' und eine Konzeption aufgelöst wird, in der die Macht in eine Vielzahl von 'pluralistischen Machtzentren' und Mikro-Einheiten der Macht zersplittert wird.
b) Auch der offizielle Marxismus ist durch die Vernachlässigung der eigentümlichen Rolle und Spezifität des Staates geprägt worden: Der Staat war lange Zeit einfach als 'Überbaustruktur' der 'Basis' gänzlich auf diese reduziert und folglich als einfaches, durch den Willen der herrschenden Klasse manipulierbares Instrument betrachtet worden.
c) Die Sozialwissenschaften in Westeuropa, insbesondere in Frankreich,

Deutschland und Italien: Wenngleich der Staat in diesen Ländern immer einen zentralen Forschungsgegenstand darstellte (was ohne Zweifel u.a. der Rolle der europäischen Staaten in den bürgerlich-demokratischen Revolutionen zuzuschreiben ist), haben sie sich im wesentlichen an eine juristische Konzeption des Staates gehalten. Hier wirkte vorab die europäische juridisch geprägte Politikwissenschaft, die vornehmlich durch Studien zum Verfassungsrecht und der Rechts- und Staatsphilosophie dominiert worden ist.

Wenn der Staat als zentrales Forschungsobjekt beibehalten wird, ist es aber schliesslich auch aufgrund der Tatsache, dass er zum jetzigen Zeitpunkt und nicht zufälligerweise zu einem der Hauptthemen der ideologisch-theoretischen Konjunktur auf allen Gebieten wird, die innerhalb der Sozialwissenschaften von Bedeutung sind.

Die Richtlinie der Forschung modifiziert sich aber, wenn der Staat als deren Hauptachse genommen wird: Die Analyse gesellschaftlicher Phänomene, der Gesellschaft im weitesten Sinne (ökonomische, soziale, ideologische Strukturen, Klassenkämpfe, soziale Bewegungen, etc.), welche sicherlich absolut unverzichtbar sind, werden unter dem Gesichtspunkt ihrer sachlichen Bedeutung für die Transformationen des Staates und seiner Strukturen behandelt. Dazu ein einfaches und charakteristisches Beispiel: Es wird nicht darum gehen, die Multinationalen oder die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise erschöpfend und in ihrem eigenen Stellenwert zu studieren, sondern in ihren Auswirkungen und ihrem Verhältnis zum nationalen Staat, zu den Politiken des Staates in Anbetracht der Krise und der Krise des Staates.

Kurz gesagt, es geht darum, in dieser Forschung eine Hauptachse zu legen und sich aus Gründen daran zu halten, die zugleich materieller (Einschränkungen in der Forschung) und wissenschaftlicher Natur sind: Wenn das eine im anderen enthalten ist und umgekehrt (Staat - Gesellschaft), besteht nur dann eine Hoffnung, zu wissenschaftlichen Resultaten zu gelangen, wenn das Forschungsobjekt abgegrenzt wird, selbst wenn dies auf die möglichst flexibelste Art und Weise getan werden muss.

Die Forschung sollte auf fünf oder sechs grosse Gebiete gerichtet werden, welche jedes für sich einige Hauptthemen umfassen. Vorerst werde ich mich darauf beschränken, sie darzustellen, bevor ich daran anschliessend auf die Fragen der Methode ihrer Behandlung eingehe. (Interdisziplinarität, Denkströmungen, Abfolge der Untersuchungen). Es versteht sich, dass diese Gebiete und Themen in einer ersten Forschungsphase aus einer generellen Perspektive abgehandelt werden sollten, damit sie anschliessend durch das Studium konkreter Fälle erweitert werden können.

I.

Das erste grosse Forschungsgebiet betrifft die allgemeinen Probleme der Staatstheorie und die theoretische Bereinigung des Forschungsfeldes. In der Tat stellen sich heute in der Analyse des Staates allen Disziplinen und Denk-

strömungen, die sich damit befassen, eine Reihe von gemeinsamen theoretischen Fragen, selbst wenn die Antworten, die darauf gegeben werden, sich voneinander unterscheiden. Was den Staat betrifft, sind es theoretische Fragen, die in der aufbrechenden Krise der wesentlichen Richtungen innerhalb der traditionellen Sozialwissenschaften auftauchen:

Krise der herkömmlichen angelsächsischen Sozialwissenschaften. die man am deutlichsten in den Vereinigten Staaten selbst am zunehmenden Desinteresse gegenüber dieser Richtung innerhalb des universitären Establishment beobachten kann.
Krise des Marxismus, die sich ganz besonders in dem Wiederaufleben des marxistischen Denkens in bezug auf den Staat manifestiert.

Krise der juridisch-konstitutionalistischen Staatskonzeption in Westeuropa und das Wiederaufleben der soziologisch-politischen Analysen des Staates.

Auftreten neuer theoretischer Richtungen in der Analyse der Macht: Richtung Foucault, die antipsychiatrische Richtung, die psychoanalytische Richtung, die über den traditionellen Freudo-Marxismus hinausgeht, die antiinstitutionelle Richtung, neue Forschungen zum 'totalitären' Phänomen, etc.

Welche sind diese neuen Fragestellungen?
Der Staat, das Politische, die Machtinstanzen: Wird die Macht auf den Staat reduziert? Wird die Macht auf das Politische reduziert? Wird das Politische auf den Staat reduziert? Setzt sich der Staat aus den formell etatisierten öffentlichen Apparaten zusammen oder dehnt er sich gleichermassen auf eine Reihe von formell 'privaten' Institutionen aus (z.B. die Familie)? Dies sind wesentliche Ausgangsfragen in den gegenwärtigen Gesellschaften in Hinsicht auf die Objektbezeichnung des Staates und die Eingrenzung seines Forschungsumfeldes.

Artikulierung des ökonomisch-sozialen und staats-politischen Bereiches: Fragen nach der Spezifität der staatlichen Strukturen. Gibt es eine Determinierungs-Anordnung zwischen Staat und Produktionsweise – und welche? Unter welcher Theorieform soll man die aktuellen Eingriffe in die Wirtschaft erfassen?

Staat und Organisationsform der Hegemonie: Gibt es eine Beziehung zwischen Staat und Klassenherrschaft, und worin genau besteht diese? Ist der Staat ein einfaches Instrument der herrschenden Klasse; ist er ein Subjekt, welches unabhängig und über den Klassen steht, oder ist er vielmehr ein strategisches Feld, welches die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen verdichtet? Welches sind die Beziehungen zwischen dem Organisationstypus der 'regierenden Klassen' und dem institutionellen Gerüst des Staates?
Stellt der Staat eine gegenüber den Volksmassen isolierte und abgeschirmte Trutzburg dar, oder durchziehen die Kämpfe der Volksmassen den Staat?

Staat und sozialpolitischer Konsens: Übt der Staat einzig durch Repression Herrschaft aus? Genügt es, wenn dies nicht der Fall ist, der Repression die einfache ideologische Funktionsweise zukommen zu lassen, wonach der Staat die Volksmassen 'betrügt'. Muss man gleichermassen von einer Machttechnologie reden (Foucault) welche in materiellen Prozeduren verankert ist, die bei weitem über das Begriffspaar Repression + Ideologie hinausreichen? Könnte die Herrschaft des Staates einem Bedürfnis der Massen, beherrscht zu werden, einem 'Meisterwunsch' (psychoanalytische Konzeption) entsprechen? Wie kommt es genau dazu, dass die Massen zur Unterdrückung manchmal 'nein' sagen können?

Staatsapparate und Klassenverhältnisse: Wenn es eine Beziehung zwischen Staat und Klassenverhältnissen gibt, genügt diese Beziehung, selbst wenn man diese auf komplexe und subtile Weise fasst, um den Staatsapparat hinreichend zu erklären? Gibt es eine spezifische materielle Existenzweise (Materialität) des Staatsapparates (disziplinierend autoritäre Strukturen, Bürokratisierung, etc.), die nicht auf die eine oder andere Form von Klassenverhältnissen reduzierbar ist?

Diese Fragen sind wichtig, denn man findet sie immer wieder in jeder konkreten Analyse, und sie liegen in gewisser Hinsicht jeder genaueren Forschung zugrunde. Näher zu erfassen bleibt, ob diese theoretischen Probleme getrennt und vorgängig zu behandeln sind, oder aber als Teil der Analysen selbst, die in den anderen Bereichen unternommen werden.

II.

Das zweite Hauptgebiet sollte in der Spezialisierung von einigen Forschungsbereichen bestehen, die umfassende Theoriekomplexe beinhalten. Ich sehe drei davon: der *Staat des entwickelten Kapitalismus; der Staat in den abhängigen kapitalistischen Ländern; der Staat in den sozialistischen Ländern.*

Dazu eine vorläufige Anmerkung, die mit einer persönlichen theoretischen Parteinahme zusammenhängt: Für die gesamte oder nahezu die gesamte aktuelle Forschung scheint es zunehmend klar zu sein, dass sich die als entscheidend angenommenen Unterschiede zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten verringern, und zwar in dem Sinne, als sie bestimmte strukturelle Ähnlichkeiten aufweisen, oder zumindest ein gewisses Sichähnlichwerden der Problemstellungen feststellbar ist, wie auch der Art und Weise, sie zu behandeln: Bereich der Wohlfahrt, technologische Probleme, Elemente der Bürokratisierung, etc. Die Gründe dazu werden heute breit diskutiert. Wie dem auch sei, es scheint, dass die angenommene grundsätzliche Differenz zwischen diesen zwei Staatstypen (kapitalistische Staaten und jene des realen Sozialismus), ohne sich den Thesen von R. Aron oder sogar von A. Touraine über die naturgemässe Verwandtschaft postindustrieller Gesellschaften anzuschliessen, der Überprüfung nicht standhält. Deshalb sind Forschungen über diese Staatstypen, die auf einem gemeinsamen Forschungsansatz beruhen, nicht zurückzuweisen, ganz im Gegenteil.

Nichtsdestoweniger müssen diese Staatstypen unterschieden werden, wenn man verhindern will, in ein wissenschaftliches Durcheinander zu geraten. Selbst wenn sich ihre grundlegenden Strukturen in gewisser Hinsicht ähnlich werden, weisen sie dennoch besondere Merkmale auf. Phänomene wie die Bürokratisierung, technologische Zwänge, Elitenzirkulation, etc. äussern sich in diesen beiden Staatstypen auf unterschiedliche Weise, sowohl in ihrem aktuellen Vergleich, als auch in ihrer historischen Entstehung und Reproduktion.
Ein besonderes Problem stellt sich hinsichtlich der Unterscheidung zwischen kapitalistischen Staaten in diejenigen des Zentrums und jene der peripheren Zone der Abhängigkeit. In der Tat genügt in der gegenwärtigen Phase der Internationalisierung des Kapitals und der Arbeitsprozesse, welche die Spannungslinien zwischen dem imperialistischen Zentrum und den Ländern der dritten Welt vervielfachen, eine allgemeine Theorie des kapitalistischen Staates der Gegenwart zum Studium dieser Staaten nicht. Es ist notwendig, zu einer *Theorie des neuen Staatstyps* in den Ländern des abhängigen Kapitalismus zu gelangen: Dies ist umso unverzichtbarer, als man heute über eine Vielzahl von Forschungen verfügt, die sich mit der Ökonomie der abhängigen Länder beschäftigen (Ungleichheiten in den Austauschbeziehungen, technologische Abhängigkeit, Neo-Kolonialismus, etc.); hingegen fehlt eine allgemeine Theorie des politischen Systems, das den Ländern der Abhängigkeitszone eigen ist. Die einzigen allgemeinen Studien, die dazu existieren, sind jene, welche die politischen Institutionen und die 'Modernisierungs'-Anstrengungen der abhängigen Länder zueinander in Bezug setzen, und die der Ideologie der 'Unterentwicklung' verhaftet bleiben, da sie die Situation der Länder der Dritten Welt nicht als eine Situation der Ausbeutung und strukturellen Unterdrückung seitens der dominanten Länder in Betracht gezogen haben, sondern diese als eine einfache Situation des 'aufzuholenden Rückstands' im Verhältnis zu den 'entwickelten' Ländern beschreiben. Aber alle aktuellen Theorien der Abhängigkeit sind in der radikalen Kritik der erwähnten Konzeption begründet, deren typischer Repräsentant auf ökonomischer Ebene W. Rostow ist.

Konsequenterweise muss eine besondere Anstrengung im Rahmen dieser Forschung gemacht werden, um über konkrete Forschungen hinaus, die den einen oder anderen Staat der abhängigen Länder betreffen, zu allgemeinen Prinzipien der Analyse zu gelangen, die auf den Staatstypus der Abhängigkeitszone zutreffen.

Das führt mich dazu, ein zusätzliches Problem anzudeuten, das man unten unter Punkt IV. wiederfinden wird. Welches ist die Form der strukturellen Beziehungen zwischen diesen drei herausragenden aktuellen Staatstypen (des kapitalistischen des Zentrums, des abhängigen kapitalistischen, des sozialistischen)? Eine Frage, die bei weitem über die einfache Frage nach den internationalen Beziehungen zwischen diesen Staaten hinausweist. Wenn die Institutionen jeder dieser Typen heute das sind, was sie darstellen, ist es beispiels-

weise offensichtlich, dass dies z.T. (zu welchem?) auch aufgrund der Existenz der anderen Staatstypen der Fall ist. Dieses Verhältnis ist wahrscheinlich eine komplexe strukturelle Beziehung, welche über diejenige eines einfachen externen 'Einflusses' jedes Staates auf die anderen hinausgeht.

III.

Auf dem Wege der Konkretisierung und Partikularisierung dieser Forschung, die zumindest zu Beginn auf einer relativ allgemeinen Ebene gehalten werden sollte, müsste eine weitere Unterscheidung eingeführt werden.
Diese bezieht sich auf die gegenwärtigen 'kapitalistischen' Länder und sollte zwischen den Formen des Ausnahmestaates (Faschismus und Militärdiktatur) einerseits und anderen Formen differenzieren, die von einer mehr oder weniger regelmässigen Reproduktion der Hegemonie abhängen und für die Zentrumsländer im grossen und ganzen die 'parlamentarisch-demokratischen' Formen darstellen.

Diese Unterscheidung ist wohlverstanden in den Ländern des Zentrums ausgeprägter als in der Peripherie, wo die Formen des Ausnahmestaates die Tendenz haben, zur Regel zu werden, was uns auf den vorangehenden Punkt zurückführt, nämlich auf die *Analyse der Staatsform*, die den abhängigen Ländern eigen ist. Aber auch dort ist diese Unterscheidung klar: es gibt einen wichtigen Unterschied zwischen Mexiko und Chile, zwischen Indien und Argentinien.

Wie dem auch sei, ich insistiere auf diesem Punkt, um auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, ein besonderes Forschungsgebiet zu umschreiben, welches dasjenige der faschistischen Staaten und der Militärdiktatur sein sollte. Zum einen, weil es sich dabei um ein Phänomen handelt, das immer noch aktuell ist. Zum anderen, und vor allem, weil die Prinzipien der Analyse von diesen Staatsformen nicht mit jenen identisch sein können, die auf 'andere' Formen des Staates Anwendung finden. Diese Formen konstituieren gänzlich spezifische Phänomene, die ihnen eigentümliche Strukturen aufweisen: Man kann dieses Problem nicht durch vage Betrachtungen über eine angebliche Verallgemeinerung des 'Totalitarismus' in der ganzen Welt überspielen. Indes bleibt das totalitäre Phänomen eine reale Frage: es muss an der ihm zukommenden Stelle behandelt werden. Auf der anderen Seite geht es nicht darum, in die Illusion eines absoluten Unterschieds der Form zwischen Faschismen-Militärdiktaturen und den anderen Staaten zu fallen. Eine Vielzahl von Strukturen sind ihnen gemeinsam, was erklärt, warum ihre beiderseitige Analyse von derselben Forschung unternommen werden kann.

IV.

Im Zuge der fortschreitenden Studien zum gegenwärtigen Staat werde ich ein Teilgebiet für die Frage nach der internationalen Dimension freihalten, wie es bereits unter Punkt II. angezeigt wurde. Obgleich sich diese Frage in den darauffolgenden Bereichen wiederfindet, verdient sie es, auf spezifische Art und Weise behandelt zu werden, vor allem unter den folgenden Themen:

Staat, Nation, Nationalstaat und aktuelle Phase des Imperialismus. Stellt die aktuelle Internationalisierung des Kapitals und der Arbeitsprozesse die Existenz des nationalen Staates aufs Spiel? Zieht die aktuelle Phase des Imperialismus derartige Transformationen der Nation nach sich, dass sie das konstitutive Verhältnis zwischen Staat und Nation infrage stellt? Gehen wir einem Niedergang des nationalen Staates entgegen zugunsten von zwischenstaatlichen, para-staatlichen oder supra-staatlichen Formen? Wenn ja, welches Gewicht und welche Rolle kommen von nun an dem nationalen Staat noch zu? Wenn nicht, und wie ich persönlich meine, der nationale Staat Kern- und wesentlicher Knotenpunkt der Herrschaft bleibt, welches sind die Transformationen, denen er aufgrund der aktuellen imperialistischen Phase dennoch unterliegt? Tatsächlich bedeuten das aktive Fortbestehendes Staates (und nicht das blosse Überleben) und die aktuelle Reproduktion des nationalen Staates nicht, dass die Internationalisierung keine bedeutende Transformationen dieses Staates zur Folge hat.

Die Nation. Ein unumgängliches Problem, das ernst zu nehmen ist, ein blinder Fleck der heutigen Sozialwissenschaften und dessen Wichtigkeit mehr und mehr sichtbar wird. Welches sind die Auswirkungen der Internationalisierung auf das Faktum des Nationalen? Handelt es sich um einen realen Zerfall der Nation oder vielmehr um einen Bruch der 'nationalen Einheit', der im Herrschaftsbereich der verschiedenen Staaten und durch das Wiederauftauchen verschiedener Nationalitäten in ihrem Inneren erfolgt ist, die bis anhin unter den herrschenden Staatsnationen erdrückt worden sind. Es geht um die Frage des Wiederauflebens der Kämpfe nationaler Minoritäten ein wenig überall auf der Welt und deren Auswirkungen auf den Staat.

Staat und Multinationale. Ein Problem, das hier unter einem besonderen Gesichtspunkt behandelt werden kann (denn man wird es andernorts wiederfinden): Handelt es sich um einen Machtverlust des nationalen Staates, der in diesem Falle nicht zugunsten von supra-staatlichen Formen erfolgt, sondern direkt zugunsten von Kapitalfraktionen in Form von multinationalen Gesellschaften. Wenn nicht, welche eigenmächtige Rolle kommt den Multinationalen zu in Hinblick auf die aktuellen Transformationen der Nationalstaaten? Welches ist das Verhältnis zwischen multinationalem Kapital und dem Kapital im Innern jedes Landes?

V.

(Dieser Punkt entfällt. Thematisch handelt es sich um die Skizzierung der Analysen von institutionellen Transformationen im neuen autoriären Etatismus, wie sie Poulantzas bereits vorgelegt hat. Vgl. WIDERSPRUCH 4, 1982, und Staatstheorie, 1978)

VI.

Schlussendlich, denke ich, gilt es einen besonderen Forschungsbereich zu umschreiben, der sich den Fragen nach dem Staat und der Demokratie heute

widmet: Ist ein Verfall der repräsentativen Demokratie und der öffentlichen Freiheiten im Gange? Es geht um die neuen Forderungen nach Selbstverwaltung oder nach direkter Basisdemokratie in der gegenwärtigen Lage und deren Verhältnis zur repräsentativen Demokratie.

* Aus: Revue Internationale des Sciences Sociales, Vol. XXXII, No. 4, 1980. Übersetzung von G. Hischier und P. Franzen.

Inserat

PARANOIA CITY

Buchhandlung
Anwandstr. 28
8004 Zürich

Mo–Fr 11.00–18.30
Sa 11.00–16.00

✆ 241 37 05

Pilatus bombardiert Dörfer in Guatemala.
36 S. 5.–

Zeitschriften:

Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft.
No. 10: Antiimperialismus in den 80er Jahren. 67 S. 8.–

Subversion. Infos zu Antiimp. + Repression. No. 4: Extra: Israel-Palästina.
176 S. 15.–

Südwind: Zeitschrift zum Nord-Süd-Konflikt. 2.–

Gerster Richard: Patentierte Profite. Zur Rolle schweizerischer Patente in der Dritten Welt.
160 S. 16.80

Haymoz, Urs: Finanzplatz Schweiz und Dritte Welt.
184 S. 12.80

Mirow, Kurt R.: Das Atomgeschäft mit Brasilien — ein Milliardenfiasko
278 S. 28.–

Stetter, Hilmar: Ab in die 3. Welt? Produktionsverlagerung der Schweizer Grossindustrie.
144 S. 16.80

Ziegler, Jean: Afrika: Die neue Kolonisation.
288 S. 32.–

Gerster, Richard: Fallstricke der Verschuldung. Der IWF und die Entwicklungsländer.

Ziegler, Jean: Das Schweizer Imperium. Bankiers und Banditen etc.
216 S. 6.80

Inserat

Um die Situation der WoZ wissen und sie nicht abonnieren, ist ein Widerspruch.

Möglich, dass Sie damit leben können.

Die WoZ kann nicht.

Abonnieren Sie jetzt

WoZ
Die WochenZeitung

Abo-Service 9-12 Uhr (01) 362 66 66